

## **Antrag**

### **der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

#### **Humanitäre Katastrophe in Sri Lanka verhindern**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die seit rund 25 Jahren anhaltenden bewaffneten Auseinandersetzungen in Sri Lanka zwischen den „Befreiungstigern von Tamil Eelam“ (LTTE) und der Regierung haben bislang mehr als 70 000 Menschen das Leben gekostet. Der bewaffnete Konflikt zwischen den Regierungstruppen in Sri Lanka und den Truppen der LTTE hat sich dramatisch zugespitzt. Zehntausende Zivilistinnen und Zivilisten sind auf einem Gebiet von nur wenigen Quadratkilometern zusammengepfercht, auf welches die Kämpfer der LTTE zurückgedrängt worden sind.

Der Bundestag begrüßt die Schlussfolgerungen des Rats für Allgemeine Angelegenheiten der Europäischen Union (EU) vom 27. April 2009, in denen die Konfliktparteien zu einem sofortigen humanitären Waffenstillstand zum Schutz der Zivilbevölkerung aufgefordert werden. Die Bundesregierung hat mit der Bereitstellung von bisher 4,7 Mio. Euro für humanitäre Hilfe seit Januar 2009 einen wichtigen Beitrag zur Linderung der Notlage der Flüchtlinge geleistet.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich weiterhin für einen sofortigen Waffenstillstand zwischen der Regierung Sri Lankas und der LTTE einzusetzen, damit es den Zivilistinnen und Zivilisten ermöglicht wird, die Kampfzone zu verlassen;
2. beide Konfliktparteien mit Nachdruck dazu aufzufordern, die Vorschriften des humanitären Völkerrechts einzuhalten und den Schutz der Zivilistinnen und Zivilisten zu gewährleisten;
3. beide Konfliktparteien dringend aufzufordern, humanitären Hilfsorganisationen sowie Journalistinnen und Journalisten ungehinderten Zugang zu den unkämpften Gebieten sowie den Flüchtlingslagern zu gewährleisten;
4. die Regierung Sri Lankas zu drängen, mit den Staaten und Organisationen, die bei einer Evakuierung von Zivilistinnen und Zivilisten aus den Kampfgebieten helfen wollen, zu kooperieren;
5. die Regierung Sri Lankas unmissverständlich darauf hinzuweisen, dass für die Behandlung der Menschen in den Flüchtlingslagern internationale Mindeststandards gelten müssen; dazu gehören der Zugang zu einer medizinischen und hygienischen Grundversorgung, ausreichenden Nahrungsmitteln und sauberem Wasser sowie die Vorbereitung einer sicheren und zeitgerechten Rückkehr in ihre Heimatregionen und die Gewährung der Bewegungsfreiheit;

6. die Regierung Sri Lankas zu drängen, gegenüber den Flüchtlingen, die von der Regierung Sri Lankas verdächtigt werden, Kämpferinnen und Kämpfer der LTTE zu sein, rechtsstaatliche Verfahren anzuwenden, die Menschenrechtsstandards einzuhalten und dabei ein unabhängiges Monitoring durch die Vereinten Nationen zu gewähren;
7. sich zusammen mit der internationalen Gemeinschaft für eine politische Lösung des Konflikts einzusetzen. Diese sollte durch einen Friedensprozess unter Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen, vor allem der tamilischen Minderheit, mit dem Ziel einer föderalen Staatsstruktur erreicht werden;
8. sich an die Regierungen Chinas, Indiens, Pakistans, Russlands und Japans zu wenden und sie zu einer Unterstützung der Waffenstillstandsforderung und zu einer Mitwirkung bei der Verhandlung eines Friedensprozesses aufzufordern;
9. der sri-lankischen Regierung gegenüber deutlich zu machen, dass die weitere Einschränkung der Pressefreiheit sowie die Behinderung der Arbeit von internationalen Hilfsorganisationen, politischen Stiftungen und diplomatischen Vertreterinnen und Vertretern absolut inakzeptabel sind;
10. jene Länder, die für die Waffenlieferungen an die Regierung und die Rebellen verantwortlich sind, zu einem Stopp dieser Waffengeschäfte aufzufordern;
11. die Finanzströme der in Deutschland tätigen tamilischen Hilfsorganisationen im Hinblick auf Waffengeschäfte zu überprüfen;
12. sich in der EU mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass das Ergebnis des Überprüfungsprozesses der augenblicklich geltenden besonderen Zollpräferenzen von der Einhaltung der Menschenrechte und der sozialen Rechte abhängig gemacht wird;
13. sich bei der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank bis auf weiteres für die Aussetzung von Zusagen der Entwicklungskooperation einzusetzen, die nicht primär Zielen der humanitären Hilfe, der Konflikttransformation und der Armutüberwindung dienen;
14. sich für eine unabhängige Untersuchung der im Krieg von der Regierung und den Rebellen der LTTE mutmaßlich verübten Kriegsverbrechen einzusetzen.

Berlin, den 5. Mai 2009

**Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion**  
**Dr. Peter Struck und Fraktion**  
**Dr. Guido Westerwelle und Fraktion**  
**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**

### **Begründung**

Viele der Zivilistinnen und Zivilisten im Kampfgebiet sind schwer verwundet, fast alle ohne ausreichenden Zugang zu Wasser, Nahrung oder medizinischer Versorgung. Sie werden von der LTTE als Geiseln und menschliche Schutzschilde benutzt, und die Regierungstruppen nehmen bei ihrem Vordringen in das umkämpfte Gebiet den Tod der Zivilistinnen und Zivilisten in Kauf. Nach Angaben der Vereinten Nationen (VN) sind allein seit Januar 2009 mehr als 6 500 Zivilistinnen und Zivilisten getötet worden und mehr als 14 000 Menschen zum Teil schwer verletzt worden.

Die Menschen, die sich aus dem Kampfgebiet retten konnten, leben derzeit in Flüchtlingslagern, aus denen sie sich nicht entfernen dürfen. Es gibt Hinweise über Erschießungen vermeintlicher LTTE-Kämpfer, Folter und Verschwindenlassen von Seiten der Regierungstruppen. Hilfsorganisationen haben keinen Zugang zum Kampfgebiet. Das Internationale Rote Kreuz warnt vor einer verheerenden humanitären Katastrophe und betont die Dringlichkeit einer Massenevakuierung der Zivilistinnen und Zivilisten aus den Kampfgebieten.

Journalistinnen und Journalisten können nicht über die Zustände im Kampfgebiet oder in den Flüchtlingslagern berichten. Insgesamt sind sie Einschüchterung und Verfolgung ausgesetzt und müssen um ihr Leben fürchten. So wurde im Januar der prominente Herausgeber der Zeitung „Sunday Leader“, Lasantha Wickrematunge, ermordet. Auch die internationale Presse sieht sich massiven Einschränkungen ausgesetzt.

Der Deutsche Bundestag vertritt die Auffassung, dass die Einhaltung von Menschenrechtsstandards, insbesondere der Schutz vor Diskriminierung und Garantien für die Bewahrung der kulturellen Identität, sowie ein gewisses Maß an Autonomie im Norden und Osten der Insel unbedingt erforderlich sind, wenn es für den blutigen Konflikt in Sri Lanka eine langfristig haltbare Lösung geben soll.

